

Volksblatt

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen, illustrierten Beilagen, „Runderwerb“ sowie „Welt und Zeit“. Das „Volksblatt“ ist das Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organ verschiedener Verbände. Schriftleitung: Große Wärfelstraße 6, Postfach-Nr. 246/5, 246/7, 246/8. Verantwortliche Redaktionsleitung: Nr. 12 bis 14. — Inserate entgegen dem Namenlosten in Höhe des Rückports beizufügen.

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg.

Seitungspreis monatlich 1,70 RM., für 30 RM. Sp. Beilagegebühren, insgesamt 2. — RM., für 30 RM. 1,90 RM. Beilagepreis 2.40 RM., bei direkter Einzahlung an den Verlag 2.20 RM. Abbestellungspreis 12 Bdg. im Voraus und 60 Bdg. im Nachtrage bei der Post. — Hauptgeschäftsstelle u. Verlag: Hall. Druckverlagsgesellschaft m. b. H., Große Wärfelstraße 6. Postfach Nr. 246/5, 246/7, 246/8. Postfachkonto 203 19 Urtut.

Der sozialdemokratische preußische Ministerpräsident rechnet mit den Deutschnationalen ab

Otto Braun in Königsberg

Antwort an Herrn Gustav Stresemann: „Wir werden sehen, ob wir die Deutsche Volkspartei nach den Wahlen noch brauchen werden“

Königsberg i. Pr., 25. April. (WZB.)

In der Stadthalle hielt am Dienstagabend der preussische Ministerpräsident Dr. Braun eine Rede, in der er sich zunächst gegen die Spaltung der Parteien wandte, die eine klare parlamentarische Mehrheitsbildung verhindern. Das Ziel politischer Regierung müsse sein, den Wählern Klarzumachen, daß sie sich in den großen, politischen Richtungen der Parteien zusammensuchen müßten. Eine solche Partei sei die Sozialdemokratische Partei. Der Minister kritisierte dann die letzte Bürgerliche Regierung im Reich, die völlig verfehlt hat. Wörtlich sei das Bekenntnis des Führers der Deutschen Volkspartei, daß er nach den Wahlen von 1920 von den Deutschnationalen in den Reichstag habe. Die Deutschnationalen im Reich haben sich nicht für das Bestehen der Bürgerlichen Partei, sondern für die Stärkung der Deutschen Volkspartei, in Preußen sei eigentlich nichts geleistet worden, betonte Dr. Braun, die preussische Regierung brauche das Urteil des Volkes nicht zu scheuen. Sie habe durch Dr. Fritzsche einen Rechenschaftsbericht erstatten lassen, wie es die Regierung eines Reichsstaates dem Volke, dessen Vertrauen allein die Regierung trägt, schuldig sei. Die Reichspresse habe sich ihrer journalistischen Pflicht entzogen, ihre Leser von diesem Rechenschaftsbericht zu unterrichten.

Der Minister polemisierte dann gegen die Deutschnationalen. Die Zweckmäßigkeit der deutschnationalen Politik sei schon daran, daß in der Außenpolitik nichts erreicht werden kann. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet habe die Regierungskoalition verfehlt. Die Deutschnationalen hätten das einzige Mittel für die Landwirtschaft, nämlich die Steuererleichterung der Grundbesitzer, der preussischen Regierung verweigert. Sie auf die Verstärkung der Regierung auch das Bewußtsein lege. Der Bandwurm und die Deutschnationalen hätten nicht auf die erforderliche Nationalisierung, sondern auf Politisierung der Landwirtschaft hingewirkt.

Auch auf sozialpolitischem Gebiet habe die Bürgerliche Regierung völlig verfehlt. Der Ministerpräsident verteidigte dann die Personalpolitik und betonte, daß der Beamte heute im Gegensatz zu früher offen seine politische Meinung betreten kann. Das Konfessionsrecht handle sich über alles, was man im Reich von Reichsinnenminister erlebt habe. So gebe es der rechten Seite ähnliche Organisationen, die mindestens ebensoviel auf dem Reichsbudget hätten, wie die extreme Linke. Beim Schulgesetz habe sich die schärfste Direktionslosigkeit der Bürgerliche Regierung gezeigt. Die Deutsche Volkspartei habe kürzlich durch Stresemann erklären lassen, daß sie jetzt bereit sei, mit allen Parteien, die am Wiederaufbau mitarbeiten wollen, zusammenzugehen. Wir werden sehen, sagte Dr. Braun, ob die anderen Parteien für diese Politik nach der Wahl die Deutsche Volkspartei noch brauchen werden. Der Redner begründete dann noch die Ablehnung des Panzerkriegs mit besten militärischen Verhältnissen und dem Hinweis darauf, daß das neue Deutschland ein Volk für die Verwirklichung zu treiben habe und schließlich mit den programmatischen Forderungen seiner Partei auf Unterstützung aller Arbeiterinnen und Arbeiter.

Klarheit!

— Halle (Saale), 25. April.

Die Rede Otto Brauns wird in den Rechtsparteien den lebhaftesten Widerspruch finden. Zwar hat Otto Braun gegen die Deutschnationalen, soweit der Bericht des Wolffschen Tele-

graphenbureaus erkennen läßt, nicht mehr gesagt als bei früheren Gelegenheiten im Preussischen Landtag. Die große Bedeutung seiner Rede liegt aber darin, daß er der Deutschen Volkspartei und ihren Führern Stresemann und Scholz zu erkennen gegeben hat, daß die Sozialdemokratie die frühere Nationalliberale Partei keineswegs als absolut unentbehrlichen Bestandteil zukünftiger Regierungen betrachte.

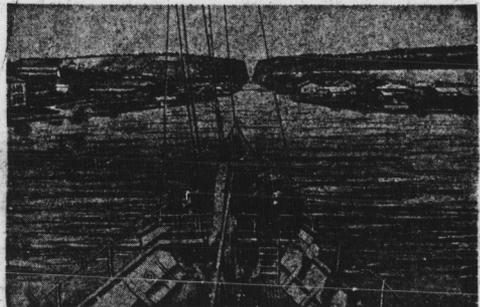
Bekanntlich hat vor einigen Jahren der Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz die Bürgerliche Politik damit vorbestritten, daß es in Deutschland keine Partei mit der Sozialdemokratie sei, die sie zu regieren. Aufwändige Politik könne nur gegen die Sozialdemokratie getrieben werden. Auch Stresemann hat heute sich zu der Behauptung verhalten, daß innenpolitische Aufgaben mit der Sozialdemokratie nicht gelöst werden können. Angesichts der bevorstehenden Wahlen und des zu erwartenden sicheren sozialdemokratischen Erfolges sind die Herren Stresemann und Scholz ziemlich kleinlaut geworden. Und Stresemann hat sogar gestern gelegentlich eines Pressefrees der Deutschen Volkspartei erklärt, daß es nicht sei, sich mit denen zu verfeinden, deren Mitarbeit man später braucht. Er hat sicher auch auf die Sozialdemokratischen Bezug genommen. Stresemann ist also der Meinung, daß die nächste Legislaturperiode sowohl im Reich wie in Preußen durch die Große Koalition gekennzeichnet sein wird.

Bekanntlich hat sich die Deutsche Volkspartei in Preußen mit bekannter Ungehörigkeit vor einigen Jahren auf der Regierung herausmandiert. Otto Braun hat die Preußen-Regierung auch ohne die Volkspartei geführt. Er hat gezeigt, daß die Weimarer Koalition auch ohne die Volkspartei regierungsfähig ist. Und er wollte in Königsberg, als er ausführte, wir werden sehen, ob die anderen Parteien (Weimarer Koalition) für die Politik des Wiederanstresses nach der Wahl die Deutsche Volkspartei noch brauchen werden, nicht mehr und nicht weniger sagen, als daß der große sozialdemokratische Erfolg der oppositionellen Tätigkeit der Partei im Reich und der Regierungstätigkeit der Partei in Preußen es als durchaus fraglich erscheinen lassen, ob die Stillung der Stresemannschen Regierungsbewußtsein zu den unbedingten Erfordernissen der deutschen Politik der nächsten vier Jahre gehöre.

Diese Antwort war notwendig und wirtschaftlich erforderlich gegenüber den immer wiederkehrenden Versuchen Dr. Stresemanns, sich als integrierten Bestandteil aller wie immer gearteten Regierungskoalitionen zu fühlen. Der Sinn eines sozialdemokratischen Wahlsieges kann und darf begriffen werden nur der sein, daß die Sozialdemokratie als stärkste Partei den entscheidenden Ausschlag über Form und Ziel einer Regierungsbildung gibt.

Das ist der Sinn der Rede Otto Brauns, deren staatspolitische Klarheit und polemische Schärfe nicht unwesentlich zur Klärung der politischen Situation beiträgt.

Die Zerstörung Korinths



Nachdem ein Erdbeben Bulgarien zum Teil schwer verwüstet hatte, ist jetzt, wie bereits gestern gemeldet, das südlich gelegene Griechenland von einer neuen großen Erdbeben-Katastrophe heimgesucht worden. Die Katastrophe bedeutet für das wirtschaftliche Leben und den inneren noch erheblichen touristischen Verkehr Griechenlands eine große Gefahr. Am schlimmsten ist die Stadt Korinth und insbesondere der Kanal der Isthmia Isthmos in Mitleidenschaft gezogen. Der Kanal Isthmia liegt an der Verbindung des Kanals von Korinth, so daß auch eine Verbindung des Isthmos, in den Hellen geborenen Kanalverkehr zu befrachten ist. Unter Bild zeigt die Verbindung des Kanals von Korinth, der Kanal selbst ist deutlich sichtbar.

Er gesteht den Massenmord ein Zeuge Roßbach

Höhepunkt des Stettiner Fememordprozesses

Stettin, 25. April. (Eig. Draht.)

Die Verhandlungen im Rosenfelder Mordprozess sind am Dienstag wieder aufgenommen worden. Angesichts, daß sie in dieser Woche beendet werden, besteht vorläufig nicht.

Die Sitzung beginnt mit einer Erklärung des Generalanwalts v. Pawells, in der er die Stellung der damaligen Regierung Bauer gegenüber den auflösenden Freikorps präzisiert. Die Reichswehr habe damals dem Willen der Regierung, die Freikorps aus der Welt zu schaffen, wenn auch unter schwierigen Verhandlungen, Folge geleistet. Rechtsanwalt Bloch stellt an.

Pawells einige Fragen bezüglich der Schwärze der Freikorps im Jahre 1922. Der Oberstaatsanwalt stellt fest, daß die Reichswehrkommandos der Schwärze tatsächlich Angehörige der Reichswehr waren, daß das aber mit der in Frage stehenden Straftat in keinem Zusammenhang stehen könne. Auf eine neuerliche Behauptung v. Blochs, daß die Freikorps damals eine Wobilmachung gegen Polen geplant war, ruft der Generalanwalt v. Pawells dagegen: Sie unterliegen einem Irrtum. Sie haben damals eine Wobilmachung geplant, von der Sie sich sicher nicht unterrichtet haben. Zeuge v. Pawells stellt dann unter äußerster Spannung der Fragesteller fest, daß im Jahre 1920 in Saabon, dem Quartier Roßbachs, ein Geheimbefehl be-

stehend wurde, der mit großem militärischem Aufwand einen Operationsplan der Freikorps entwarf, der bei eventuellen Invasionen in Ostpreußen und Pommern verwirklicht werden sollte. Dieser Plan enthielt u. a. den Befehl: Falls Führer sind festzunehmen und eventuell töten zu befehlen. Bei diesem Befehl handelt es sich nicht nur um eine Beteiligung von Beamten, sondern um die freie Anweisung, politisch Andersdenkende zu befehlen. Das bedeutet, so ruft der General mit erregter Stimme in den Saal, die Aufhebung von einem ganz trassen politischen Werk. Gegen diese Untriede der Freikorps sei das Reichswehrkommando mit aller Entschiedenheit aufgetreten.

Im weiteren Verlauf des Prozesses wird der ehemalige Oberstaatsanwalt und Freikorpsführer Roßbach als Zeuge vernommen. Er ist 35 Jahre alt und gibt an, gegenwärtig als Sportführer (1) beschäftigt zu sein. Er erzählt in langer Ausführlichkeit von der Gründung seines Freikorps und dessen Marsch nach Ausland, den er sich an der Grenze mit Androhung von Gefängnis von der Reichswehr erzwungen habe. In Weidenburg habe er und sein Freikorps, als dieses schon den Aufbruch gemacht hatte, unter Detonationslauten Kaputtgegangen. In Weidenburg, wo er später unter General Bauer eingekerkert wurde, seien Anzahl festgenommener Individuen auf Veranlassung seines Gerichtsvorgängers erschossen worden. Der Gerichtsvorgänger und sein Feldwebel seien im

lassen sein, so möchte er damit das Volk und die Volkvertretung. Die Kampfbahn des Ausschusses zur Stellungnahme sei zweifelsfrei. Das habe bei der Schaffung der Reichsverfassung auch der völkisch-parteiliche Abgeordnete Heine anerkannt. Der Minister sollte sich deshalb nicht auf einen formellen Standpunkt stellen, sondern freiwillig Auskunft geben. Sein Gesichtspunkt müsse nur aus einer Berührung der Bevölkerung vor den Wahlen und made nur dieses Ziel. Der Minister müßte deshalb im Interesse des Volkes und eines ruhigen Verlaufes der Wahlbewegung auf seine Verfassung verzichten.

Abg. Röh (Dem.) betonte, der Ausschuss habe zweifelslos das Recht zur Erklärung, daß er mit der Verfügung des Ministers nicht einverstanden sei. Er sei ebenso berechtigt, die Zurückziehung der Verfügung zu fordern. — Abg. Schulte (Z.) betonte ebenfalls das Recht des Ausschusses, Kritik an den Handlungen des Ministers zu üben. Voraussetzung dafür sei, daß der Ausschuss erfahre, aus welchem Grunde das Verhalten des Reichsinnenministers an der Bänderregierung gerügt wurde. Der Innenminister könne die Unterlagen seines Berichtes dem Ausschuss vorlegen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) wies an Hand der Verfassung nach, daß der Uebertragungskauf des Rechts habe, Untersuchungen vorzunehmen und von diesem Gesichtspunkt aus die Denkschrift des Ministers fordern müßte. Der Ausschuss sei auch berechtigt, gegen das Verbot Stellung zu nehmen, da die Verfügung des Ministers etwas völlig Neues in der Geschichte der Deutschen Republik darstelle. Noch niemals habe ein Reichsinnenminister derartige Ersuchen an die Bänder gerichtet. Man stelle sich vor, daß etwa ein sozialdemokratischer Minister ein solches Verbot für Bayern ausgeprochen hätte. Es entbehere übrigens nicht der Komik, daß gerade die bayerische Regierung, in welcher der fideikommissäre Gedanke fast betreten sei und die Deutschnationalen ausnahmsweise den Einfluß ausüben, sich den Vorgehen des Herrn von Reubell angeschlossen hätten. Er möchte schon mit Rücksicht auf den Widerspruch von 16 Bänderregierungen gegen das Ersuchen die Zurückziehung des Erlasses. Der Ausschuss habe nicht die Befugnis zu einem Mißtrauensvotum, wohl aber zur Kritik. Er müsse in einem Ersuchen an den Reichspräsidenten, das Ersuchen des Innenministers zurückzugeben.

Der Abg. Hälmann (Komm.) begründete dann in einer fundierten und von Gemeinheiten gegen die Sozialdemokratie streubenden Rede den kommunischnen Antrag auf Zurückziehung des Verbots. Anschließend öffnete Herr v. Reubell den Mund. Er besief sich auf die rechtsgerichtete Redepreisung und insbesondere auf zwei Urteile aus dem Dezember 1907, in denen ausgeprochen sei, daß die rote Frontkämpferbewegung eine staatsfeindliche Organisation diene. Es wäre völkisch

besser gewesen, schon früher vorzugehen. Wenn man aber noch länger gewartet hätte, so hätte sich die Notwendigkeit des Verbots nach den Wahlen in der Zeit ergeben, in der noch keine neue Regierung gebildet gewesen wäre, und das hätte man nicht verantworten können. Ueber die Stellung des Reichspräsidenten zu dem Verbot erklärte v. Reubell, daß er Häherer nicht aufhören würde. Die in Berlin am 16. April 1925 abgehaltenen Verhandlungen seien davon unterrichtet worden, daß die Aktion gegen den Frontkämpferbund stattfinden würde. Ein Verbot des Reichspräsidenten sei nicht gefügt worden.

Abg. Schulte (Z.) weist danach auf den wichtigen politischen Charakter des Verbots hin und stellt folgenden Antrag:

„Ohne zu der Frage, ob die gesetzlichen und tatsächlichen Voraussetzungen für das Vorgehen des Ministers gegeben worden, Stellung zu nehmen, hält der Ausschuss die Maßnahme im gegenwärtigen Augenblick für nicht zweckmäßig.“

Abg. Schulte (Dn.) erklärt, der Antrag des Zentrums sei wohl dahin zu verstehen, daß die Partei das Verbot des roten Frontkämpferbundes vor den Wahlen nicht billige, nach den Wahlen aber dagegen einstehe. Die Deutschnationalen ständen dem Minister jedenfalls zur Seite und zögen es ihm hoch an, daß er den Mut gehabt habe, den Bund zu verbieten. Abg. Esser (Z.) widerspricht dieser Auslegung. Der Antrag sei klar und man solle nicht in ihn hineininterpretieren.

Der Minister von Reubell erklärt, daß der Ausschuss hinsichtlich nicht das Recht habe, Verwaltungsmaßnahmen eines Ministers, durch die die Rechte des Reichspräsidenten nicht verletzt werden sollen, zu behandeln, daß die Reichsregierung zum Zurückziehung der Maßnahme ersucht werde.

Die Abstimmungen.

Ein Antrag Emminger auf Vertagung der Entscheidung bis zur Beschlußfassung des Staatsgerichtshofs wurde gegen acht Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei abgelehnt. Der kommunischnen Antrag auf Zurückziehung des Verbots des roten Frontkämpferbundes erhielt nur die acht Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten, der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der neun Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und des Demokraten. Gegen beide Anträge stimmten die zehn Vertreter der anderen Parteien. Der sozialdemokratische Antrag auf Vertagung einer Entscheidung wurde von allen bürgerlichen Parteien mit elf gegen acht Stimmen abgelehnt. Der Antrag des Zentrums, das Verbot für den gegenwärtigen Augenblick für nicht zweckmäßig zu erklären, wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt, da die beiden Kommunisten mit den Deutschnationalen, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei gegen den Antrag stimmten. Er fiel mit zehn gegen zehn Stimmen.

Wie man annehmen kann, hiezuwider ebenso wenig betreiben lassen, wie durch die Bedenken, auf die er bei seinen Ministerkollegen getroffen ist. Er wartet auf die Entscheidung des Staatsgerichtshofs. Dieser hat die eigentliche politische Frage, nämlich die der Zweckmäßigkeit, nicht zu präzisieren. Auf Grund der tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzung hat er eine Entscheidung zu treffen. Eine politische Frage ist aber bereits entstanden. Die Haltung der Reichsminister, der Bänder und des Ausschusses hat sie klar beantwortet. Der Schritt des Reichsinnenministers vor ein politisches Mißgefiel, der in den gegenwärtigen Zeitpunkt unbedingt hätte unterbleiben müssen.

„Die rote Fahne“ ruft entsetzt: Der Bürgerkrieg hat Reubell! Man trauet seinen Augen nicht. Der Bürgerkrieg hat sich gefeiert im Uebertragungskauf, wieder einmal alle Lebensunfähig gezeigt, gekocht wurde Reubell von Teilen des Bürgerkriegs und seinen Bundesgenossen, den Kommunisten. Sie und die Deutschnationalen waren von jeder treue Bundesgenossen.

Ministerieller Strafbefehl

Staatsanwaltschaftsleiter Jacoby und eine von ihm diktierte 500-Mark-Estrafe wegen Falschgeldes

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I Berlin spielt sich zugleich ein Reineidsprozeß ab, der in vielfacher Hinsicht außerordentlich ist. In ihm ist u. a. ein Staatsanwaltschaftsleiter Jacoby verurteilt worden, dessen Verhalten in dem jetzt zur Verhandlung stehenden Prozeß ein eigenartiges Licht auf die deutschen Justizverhältnisse wirft. Der Verfehr einer Berliner Privatdetektivin namens Polj war im Jahre 1924 von seiner Frau Ellen erschossen worden. Das Schwurgericht sprach Frau Polj am 1. April 1925 frei, weil es annahm, sie habe in Notwehr gehandelt. Hauptzeuge in dem damaligen Totfallprozeß war der jetzige Angeklagte Paul Leht, ein Angestellter der Detektivin und Better der Frau Polj. Er gab damals als Zeuge eine Darstellung der Vorgänge, die zur Tötung des Völs durch seine Frau führten. Auf Grund dieser Aussage Lehts nahm das Schwurgericht eine Notwehrhandlung der Frau Polj an. Damit war die Sache zunächst für Frau Polj erledigt. — In einem anderen Verfahren wurde sie wegen Erpressung und Vereitelung zum Reineid verurteilt.

Leht gab 1924 sein Verhör ab. Einen Monat nach dem sprechenden Urteil gegen Frau Polj ließ von dem Onkel der verstorbenen Frau eine Reineidangeklage gegen Leht ein, in der es hieß, Leht habe Weismann 1924 im Familienreise sehr belästigende Angaben über Frau Polj gemacht, und da diese freigesprochen sei, müsse Leht wohl Befehlendes unter seinem Eid verschwiegen haben. Der erste Bearbeiter der Sache, Staatsanwaltschaftsleiter Fiegler, verhörte den Angeklagten und betraufte ihn, die Angelegenheit zurückzunehmen. Dann stellten die Akten mit der Klage vom Staatsanwaltschaftsleiter Jacoby in die Hände. Dieser glaubte, aus den Akten die Möglichkeit einer Uebernahme des Totfallprozesses gegen Frau Polj

zu ersehen und übergab die Angelegenheit der Polizei. Man ging darauf aus, Leht des Falschgeldes zu überführen. Auf der Polizei sagte man ihm, er werde einen Strafbefehl wegen falschgefälschten Geldes über 500 Mark erhalten, er solle zahlen und sich dabei beruhigen. Weiter werde ihm nichts geföhren. Diese 500 Mark waren Leht zu hoch. Man ließ jedoch mit ihm reden und schickte ihm schließlich einen Strafbefehl wegen falschgefälschten Geldes über 500 Mark, den Leht nicht zahlen wollte. Dieser Strafbefehl wurde aber von der Staatsanwaltschaft zurückgenommen. Leht beantragte deshalb durch seinen Anwalt richterliche Entscheidung; das Schwurgericht, dem die Sache zunächst überwiesen wurde, erklärte sich für unzuständig und überdies die Sache ans Schwurgericht. Leht wurde in der Verhandlung verurteilt.

Dem Angeklagten werden vier Ueberbetreibungen zur Last gelegt. Er soll u. a. einen jungen Angestellten der Frau Polj, Freilind, Doberan geföhrt haben, wenn er helfen bringe, er die Frau Polj ins Justizhaus. Diese Jolge wurde am Dienstag zusammen mit ihrer Schwester vernommen. Beide Angeklagten gingen aber in wichtigen Punkten auseinander. Der Staatsanwalt beantragte deshalb das Verfahren auszugeben, die eiblichen Ueberbetreibungen Lehts nachprüfen und das Ueberbetriebsprotokoll, das seinerzeit in der Kollapsen Wohnung aufgenommen wurde, mit den Angaben Lehts und der Frau Polj zu vergleichen. Von der Verteidigung wurde u. a. gefordert, Staatsanwaltschaftsleiter Fiegler über das Zustandekommen des besprochenen Strafbefehls gegen Leht zu vernennen. Das Schwurgericht lehnte jedoch die Ladung Jakobys ab und beschloß, einen Sachverständigen in der Wohnung der Frau Polj in der Friedrichstraße 3 in Berlin abzuholen. Die Verhandlung wird am Freitag fortgesetzt.

Die „Bremen“ startbereit.

Berlin, 24. April. (Radiomeldung.) Die „Bremen“ ist nach den neuesten Meldungen seit Dienstag startbereit. Der Abflug von hier jedoch infolge schwerer Schneestürme unmöglich. Die Möglichkeit, daß das Flugzeug heute Seewald Island verläßt, ist nicht ausgeschlossen.

Schweres Bau-Unglück.

Fünf Tote, zehn Schwerverletzte.

Berlin, 25. April. (Radiomeldung.) Ein schweres Baumunfall hat sich gestern in Spandau ereignet. In einem Gebäude, dessen Abruch noch im Gange war, wurde ein Erdbeben noch im Gange und begrub die Wände des Gebäudes ein Zimmer. Fünf Arbeiter und zehn Arbeiter verletzt wurden. Man befürchtet, daß sich noch weitere Opfer unter den Trümmern befinden.

Selbstmordversuch zweier Mädchen.

Ein aufregender Vorfall spielte sich am Dienstag in Waoab ab. Zwei junge Mädchen im Alter von etwa 20 Jahren sprangen dort von einer Brücke in die Spree. Derweil wurde Hilfe herbeigeholt und die beiden Mädchen im Wasser gefangen und mit Gewalt gerettet. Die Ratmauer zu erreichen. Dem Führer einer Rettungsboje gelang es, mit einem Rettungsnetz die beiden Lebensmüden, die Rettung zu bringen. Die beiden Mädchen hatten sich in der Spree in die Arme geworfen. In dem benachbarten Hofe befanden sich Personen, die sofort Hilfe herbeigeholt wurden.

Ein schwerer Autobusunfall hat sich am Dienstagmittag vor dem Sankt-Schönhausener Platz ereignet.

Ein Wagen der Autobuslinie 9 geriet durch Versehen der Steuerung auf den Bürgersteig und fuhr in einen Vorgarten, dessen eisernes Gitter durchstoßen wurde. Der Autobus hielt erst, nachdem er gegen einen starken Baum gerannt war. Die Vorderräder des Wagens brach gerannt war. Die Passagiere erlitten Geföhren. Der Passagier hatte sich eine große Wunde zugezogen.

Blums Kandidatur wird aufrechterhalten.

Paris, 25. April. (Radiomeldung.) Der sozialistische Wahlkampf hat sich am Dienstagabend mit den bevorstehenden Wahlen beschäftigt, befolgt mit 2200 gegen 1000 Stimmen, alle sozialistischen Kandidaturen, soweit sie nicht aufrechterhalten werden, einstimig zurückzuziehen — aber nicht zugunsten der Kommunisten.

Eine sehr lebhafte Debatte gab es über die Kandidatur Blums. Eine Ableitung des Departements hatte beschlossen, Blum weiger Kampfen zu lassen. Es war der Ueberzeugung, daß ein großer Teil der Wählerhaft aus Empörung den Kommunisten im zweiten Wahlgang nicht mehr folgen werde. Der Wahlkampf sollte sich dieser Auffassung mit erduldender Mehrheit an, so daß die Kandidatur Blums auch im zweiten Wahlgang aufrechterhalten wird.

Mit 25. April. (Radiomeldung.)

Der Wahlkampf in Lille besteht, hinsichtlich der Wiederwahl gebildeter Kandidaten zugunsten der Kommunisten zurückgezogen.

Reubells kommunistische Bundesgenossen am Pranger

Der Transportarbeiter Thälmann hat sich wieder bewährt

Der „Borwärt“ schreibt zu dem Ausgang der gestrigen Verhandlungen im Uebertragungskauf des Reichspräsidenten. Der Antrag des Zentrums erklärte das Vorgehen des Ministers „im Augenblick für nicht zweckmäßig“. Der klare Sinn dieses Antrages war, daß „in diesem Augenblick“ ausbleiben vor der Wahl ein Angriff in die Bewegungsfreiheit einer Partei auf keinen Fall unternommen werden dürfe. Es bestand also für die Kommunisten kein Grund, gegen diesen Antrag zu stimmen. Trotzdem hielten die Deutschnationalen und den anderen Reichsparteien den Schwächsten, der gegen den Reubell die Behauptung des Reichspräsidenten, der Deutschnationalen nur vergnügte Geföhler — der Transportarbeiter Thälmann hatte sich wieder einmal bewährt. Einmal war es, der den Reichspräsidenten von Uebertragung des Reichspräsidenten hat er sich bei Herrn v. Reubell die Behauptung des Reichspräsidenten, der Deutschnationalen nur vergnügte Geföhler — der Transportarbeiter Thälmann hatte sich wieder einmal bewährt. Einmal war es, der den Reichspräsidenten von Uebertragung des Reichspräsidenten hat er sich bei Herrn v. Reubell die Behauptung des Reichspräsidenten, der Deutschnationalen nur vergnügte Geföhler — der Transportarbeiter Thälmann hatte sich wieder einmal bewährt.

Wie man annehmen kann, hiezuwider ebenso wenig betreiben lassen, wie durch die Bedenken, auf die er bei seinen Ministerkollegen getroffen ist. Er wartet auf die Entscheidung des Staatsgerichtshofs. Dieser hat die eigentliche politische Frage, nämlich die der Zweckmäßigkeit, nicht zu präzisieren. Auf Grund der tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzung hat er eine Entscheidung zu treffen. Eine politische Frage ist aber bereits entstanden. Die Haltung der Reichsminister, der Bänder und des Ausschusses hat sie klar beantwortet. Der Schritt des Reichsinnenministers vor ein politisches Mißgefiel, der in den gegenwärtigen Zeitpunkt unbedingt hätte unterbleiben müssen.

„Die rote Fahne“ ruft entsetzt: Der Bürgerkrieg hat Reubell! Man trauet seinen Augen nicht. Der Bürgerkrieg hat sich gefeiert im Uebertragungskauf, wieder einmal alle Lebensunfähig gezeigt, gekocht wurde Reubell von Teilen des Bürgerkriegs und seinen Bundesgenossen, den Kommunisten. Sie und die Deutschnationalen waren von jeder treue Bundesgenossen.

Kräfteammlung für den 2. Französischen Wahlgang

Die Seine-Föderation soll über die Kandidatur Blums entscheiden

Paris, 25. April. (Sig. Drahtbericht.) Die Vorbereitungen der Parteien für den zweiten Wahlgang sind im vollen Gange. Am Mittwoch um 11 Uhr wird die Föderation der Parteien neuer oder der Radikalen für die Kandidatur ab. Die Kommunisten, die bisherigen Kandidaten ab, die Kommunisten, die inzwischen befohlen haben, ihre Kandidaturen im zweiten Wahlgang aufrechtzuerhalten, haben für Abweichungen von diesem Beschluß inoffiziellen eine kleine Kiste offengehalten, die für die Kandidaturen der Parteien vorgesehen ist. Die Kandidaturen der Parteien sind inoffiziellen, die sich grundständig zu dem Gedanken der „proletarischen Einheitsfront“ bestimmen.

Der übrigen wird die Sozialistische Partei den Befehl zu geben, die letzten Parteitag gemäß im zweiten Wahlgang überall die Front gegen die Reaktion aufzunehmen. Die bürgerlichen Wählerparteien haben offizielle Beschlüsse für die Entscheidung nicht gefügt. Es werden vorwiegend in den sozialen Verändern die Entscheidung von Teil zu Teil überlassen. Im Süden ist jedoch bereits zwischen den Sozialisten und der bürgerlichen Wählerparteien eine Einigung auf breiter Basis zustandgekommen. Es haben im Departement Seine die Radikalen, die Sozialisten und die bürgerlichen Wählerparteien die Entscheidung der Sozialisten zugunsten der im ersten Wahlgang befohlenen Sozialisten zurückgezogen. Dies ist im Departement Seine und in den anderen Provinzen des Südens die Entscheidung in vollem Gange. Auch im übrigen Frankreich wird die Bewegung zur Sammlung der ehemals parteilichen Kräfte erzieuliche Fortschritte, abgesehen hier in vielen Wählern die Sozialisten nicht zu schwanzen. Alle Kräfte gegen die Reaktion“ oder dem Kampfs gegen die Kommunisten folgen sollen.

Das Ende eines Banditentriebens

Nach monatelanger Fehdung ist es der saarländischen Polizei gelungen, drei Schwerverbrecher des Bandentriebs zu fangen, die des Landgerichts lange Zeit unzufrieden gemacht haben. Zwei der Täter sind verhaftet worden; die Auslieferung des dritten, der nach Frankreich geflüchtet war, steht bevor. Das Bandentrieb hat vor allem durch zwei schwere Mordfälle von sich reden gemacht. Am 1. Januar 23. überfielen die Banditen einen 30-jährigen Postboten, riefen ihn zum Absteigen, verletzten ihn durch Messerschläge in die linke Wange und raubten ihm den Postbeutel. Die drei Räuber, die alle überfällig markiert aufzuführen, führten dann in den Wald. Die beiden selbstgenommene Banditen haben keine Eingekerkerten, auch den in August 23. verurteilten Raubgang in das Laboratorium der Müllerer Güte ausgeführt zu haben. Sie hatten sich vier Masken zugeeignet und waren in der Nacht zwischen 12 und 1 Uhr in das Laboratorium eingedrungen. Den dort beschäftigten Chemiker und Angestellten ließen sie Wästen vor und raubten dann aus verschiedenen Behältern, die sie auftrudten, für über 40000 Franken 25 Liter, das sie dann im reichsdeutschen Deutschland veräußerten. Man nimmt an, daß das Raubgut eine Reihe anderer Verbrecher, insbesondere mehrere Emigranten, berührt hat, für die bisher die Täter nicht ermittelt werden konnten.

Ein Walfänger-Schiff gefunden. Auf einem Walf in Danzaberg (Norwegen) hat man durch Zufall mehrere Zerkamerungen gefunden. In einer fand man eine Operette aus Wien, die eine kleine Schiffe. An einer anderen Stelle entdeckte man einen hochgehaltenen Sichel. Man nimmt an, daß es sich bei diesem Funde um ein Walfänger-Schiff handelt. Der Fundort liegt 20 Minuten vom Fjord entfernt. Der Sage nach soll hier in alten Tagen ein Söldnerbistum gestanden haben.

Eine furchtbare Kesselplage, bei der 25 Personen umgekommen sind, entstand am Abend des 18. März in Alicanten bei Vigo (Spanien). Wenn erlangen den ersten Verletzungen, 18 18 töteten. — Ein weiteres schweres Schiffsunfall ereignete sich bei Los Palaces in Spanien. Dort lief der Schiffskapitän „Esola“ auf Grund. 15 Mann der Besatzung kamen in den Wellen um.

Die Kommunisten im Wahlrechtsverband Lille hatten vor dem ersten Wahlgang wiederholt erklärt, daß sie untereigene Kandidaten zugunsten der Sozialisten zurückzuziehen würden.

Polnische Freude über den französischen Wahlausgang.

Berlin, 25. April. (Sig. Drahtbericht.) Der bisherige Ausgang der französischen Wahlen erzeugt bei den politischen Nationalisten aller Schattierungen die höchste Freude. Die Wähler der Rechten und des Walfänger-Bogers seien Polnisch und hoffen bei Walfänger-Bogers einen Einfluß auf die deutsch-französischen Verhandlungspolitiken, deren Fortschritt Blum und Souverän als laue Freunde, wenn nicht als Gegner des französisch-polnischen Bündnisses betrachtet werden. Der „Kurier Poranny“ bezeichnet mit Genugtuung, daß die französischen Kommunisten dem Vorkämpfer der Verhandlungspolitik gegenüber Deutschland in den Wahlen gefallen sind, und erklärt das aus der Ablehnung Polnans gegen eine deutsch-französischer Verträge.

Bereins-Kalender
der 232. freien Gewerkschaftlichen Vereine sowie der lokalen Jubiläumsgemeinschaften im Bezirk Halle-Verberg, unter Leitung des B. S. D. Halle a. S. Orts 4244. 2026-27. 2. Teil. Halle a. S. 2026-27.

Halle.
232. Donnerstag, den 26. April, 20 Uhr, im „Auenhain“: 232. Gewerkschaften

Staubdorfer-Schachhammer.
Freitag, den 27. April, 20 Uhr, im „Auenhain“: 232. Gewerkschaften

Wahlhalle.
Die letzten Warnungen

Stadttheater
Freitag, den 27. April, 8 Uhr, im „Auenhain“: 232. Gewerkschaften

Stadttheater
Freitag, den 27. April, 8 Uhr, im „Auenhain“: 232. Gewerkschaften

Stadttheater
Freitag, den 27. April, 8 Uhr, im „Auenhain“: 232. Gewerkschaften

Stadttheater
Freitag, den 27. April, 8 Uhr, im „Auenhain“: 232. Gewerkschaften

Stadttheater
Freitag, den 27. April, 8 Uhr, im „Auenhain“: 232. Gewerkschaften

Stadttheater
Freitag, den 27. April, 8 Uhr, im „Auenhain“: 232. Gewerkschaften

Stadttheater
Freitag, den 27. April, 8 Uhr, im „Auenhain“: 232. Gewerkschaften

Stadttheater
Freitag, den 27. April, 8 Uhr, im „Auenhain“: 232. Gewerkschaften

Stadttheater
Freitag, den 27. April, 8 Uhr, im „Auenhain“: 232. Gewerkschaften

Stadttheater
Freitag, den 27. April, 8 Uhr, im „Auenhain“: 232. Gewerkschaften

Stadttheater
Freitag, den 27. April, 8 Uhr, im „Auenhain“: 232. Gewerkschaften

Stadttheater
Freitag, den 27. April, 8 Uhr, im „Auenhain“: 232. Gewerkschaften

Stadttheater
Freitag, den 27. April, 8 Uhr, im „Auenhain“: 232. Gewerkschaften

Stadttheater
Freitag, den 27. April, 8 Uhr, im „Auenhain“: 232. Gewerkschaften

Stadttheater
Freitag, den 27. April, 8 Uhr, im „Auenhain“: 232. Gewerkschaften

Bad Wittekind
Am 1. Mai
Beginn der Kurkonzerte

Arb.-Frauen- u. Mädchenchor
Chormeister: R. Staudigl
Freitag, den 27. April, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Volkspark“

Arb.-Frauen- u. Mädchenchor
Chormeister: R. Staudigl
Freitag, den 27. April, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Volkspark“

Arb.-Frauen- u. Mädchenchor
Chormeister: R. Staudigl
Freitag, den 27. April, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Volkspark“

Arb.-Frauen- u. Mädchenchor
Chormeister: R. Staudigl
Freitag, den 27. April, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Volkspark“

Arb.-Frauen- u. Mädchenchor
Chormeister: R. Staudigl
Freitag, den 27. April, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Volkspark“

Arb.-Frauen- u. Mädchenchor
Chormeister: R. Staudigl
Freitag, den 27. April, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Volkspark“

Arb.-Frauen- u. Mädchenchor
Chormeister: R. Staudigl
Freitag, den 27. April, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Volkspark“

Arb.-Frauen- u. Mädchenchor
Chormeister: R. Staudigl
Freitag, den 27. April, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Volkspark“

Arb.-Frauen- u. Mädchenchor
Chormeister: R. Staudigl
Freitag, den 27. April, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Volkspark“

Arb.-Frauen- u. Mädchenchor
Chormeister: R. Staudigl
Freitag, den 27. April, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Volkspark“

Arb.-Frauen- u. Mädchenchor
Chormeister: R. Staudigl
Freitag, den 27. April, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Volkspark“

Arb.-Frauen- u. Mädchenchor
Chormeister: R. Staudigl
Freitag, den 27. April, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Volkspark“

Arb.-Frauen- u. Mädchenchor
Chormeister: R. Staudigl
Freitag, den 27. April, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Volkspark“

Arb.-Frauen- u. Mädchenchor
Chormeister: R. Staudigl
Freitag, den 27. April, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Volkspark“

Arb.-Frauen- u. Mädchenchor
Chormeister: R. Staudigl
Freitag, den 27. April, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Volkspark“



Ihre Freundin
Ist Ihnen dankbar,
wenn Sie ihr sagen, daß Sil,
Hemels bewährtes Bleich-
mittel, selbst hartnäckige Flecken
rasch und gut entfernt, ohne
das Wäschebad anzugreifen.
Ein guter Rat ist immer nützlich!

Sil
zum Bleichen
ohne Gleichen!

Das „Volksblatt“
erscheint zum 1. Mai 1928 als
Fest-Ausgabe
Anzeigen für diese Sonderausgabe bis am 30. April 1928
erhöhte Wirkung!
Berlag des „Volksblatt“ Halle a. S., Gr. Märkerstraße 6

Das „Volksblatt“
erscheint zum 1. Mai 1928 als
Fest-Ausgabe
Anzeigen für diese Sonderausgabe bis am 30. April 1928
erhöhte Wirkung!
Berlag des „Volksblatt“ Halle a. S., Gr. Märkerstraße 6

Das „Volksblatt“
erscheint zum 1. Mai 1928 als
Fest-Ausgabe
Anzeigen für diese Sonderausgabe bis am 30. April 1928
erhöhte Wirkung!
Berlag des „Volksblatt“ Halle a. S., Gr. Märkerstraße 6

Das „Volksblatt“
erscheint zum 1. Mai 1928 als
Fest-Ausgabe
Anzeigen für diese Sonderausgabe bis am 30. April 1928
erhöhte Wirkung!
Berlag des „Volksblatt“ Halle a. S., Gr. Märkerstraße 6

Das „Volksblatt“
erscheint zum 1. Mai 1928 als
Fest-Ausgabe
Anzeigen für diese Sonderausgabe bis am 30. April 1928
erhöhte Wirkung!
Berlag des „Volksblatt“ Halle a. S., Gr. Märkerstraße 6

Das „Volksblatt“
erscheint zum 1. Mai 1928 als
Fest-Ausgabe
Anzeigen für diese Sonderausgabe bis am 30. April 1928
erhöhte Wirkung!
Berlag des „Volksblatt“ Halle a. S., Gr. Märkerstraße 6

Das „Volksblatt“
erscheint zum 1. Mai 1928 als
Fest-Ausgabe
Anzeigen für diese Sonderausgabe bis am 30. April 1928
erhöhte Wirkung!
Berlag des „Volksblatt“ Halle a. S., Gr. Märkerstraße 6

Das „Volksblatt“
erscheint zum 1. Mai 1928 als
Fest-Ausgabe
Anzeigen für diese Sonderausgabe bis am 30. April 1928
erhöhte Wirkung!
Berlag des „Volksblatt“ Halle a. S., Gr. Märkerstraße 6

Das „Volksblatt“
erscheint zum 1. Mai 1928 als
Fest-Ausgabe
Anzeigen für diese Sonderausgabe bis am 30. April 1928
erhöhte Wirkung!
Berlag des „Volksblatt“ Halle a. S., Gr. Märkerstraße 6

Handpuppenspiele
der Hartensteiner Künstler
Leitung: Max Jacob
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“

Handpuppenspiele
der Hartensteiner Künstler
Leitung: Max Jacob
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“

Handpuppenspiele
der Hartensteiner Künstler
Leitung: Max Jacob
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“

Handpuppenspiele
der Hartensteiner Künstler
Leitung: Max Jacob
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“

Handpuppenspiele
der Hartensteiner Künstler
Leitung: Max Jacob
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“

Handpuppenspiele
der Hartensteiner Künstler
Leitung: Max Jacob
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“

Handpuppenspiele
der Hartensteiner Künstler
Leitung: Max Jacob
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“

Handpuppenspiele
der Hartensteiner Künstler
Leitung: Max Jacob
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“

Handpuppenspiele
der Hartensteiner Künstler
Leitung: Max Jacob
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“

Handpuppenspiele
der Hartensteiner Künstler
Leitung: Max Jacob
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“

Handpuppenspiele
der Hartensteiner Künstler
Leitung: Max Jacob
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“
Freitag, den 27. April, im „Schloßgartencafé“



Menschen im Frühling.

Es ist Frühling. Der Himmel ist blau, die Sonne scheint, im schwarzen Geißt der Büsche...

In den Herzen erwacht die Hoffnung. Alles und alle sind von dieser Hoffnung erfüllt.

Der Verkäuferin, bei der ich mit Zigaretten laufe, leuchten die Augen. 'Heute ist ein schöner Tag'...

Die Spagier Lärmen, die Kinder laufen und der erwachsene Mensch leucht. Einmal gehen sie in den Straßen entlang...

Ich treffe einen alten Freund. Er steht an einer Straßenecke, nach dem vorübergehenden Lärm noch und hindert sich dem Gedanken...

Der Sonnenschein kost, aber die Sonne, die ich höre, machen mich unbarbar. Einmal steht ich vor einem Friedhof...

Der Wahlkampf

der Deutschen Nationalen.

Deutsch und national ist heute, deutsch-national aber nicht.

Die unerschütterliche Wahrheit dieses von Carl Seering kürzlich geäußerten Satzes wurde in der gestrigen ersten Wahlversammlung der Deutschen Nationalen Volkspartei einmal wieder deutlich bewiesen...

Gewerkschaftsurke.

Die Gewerkschaftsurke an der Universität haben wieder begonnen. Heute abend wird Professor Wolff (Recht) seine Vorlesungen über Aufbau und Organisation der Gewerkschaften (2. Abend)...

In allen drei Kurien werden noch Überanstaltungen bis zum Beginn der Vorlesungen entgegen genommen. Gewerkschaftsmittelschule oder Parteizentrum ist mitzubringen...

Bauverein für Kleinwohnungen.

Der Bauverein für Kleinwohnungen e. V. m. b. H. in Halle legt seinen Geschäftsbereich vor, den die Vertreterversammlung am 27. April, abends 8 Uhr...

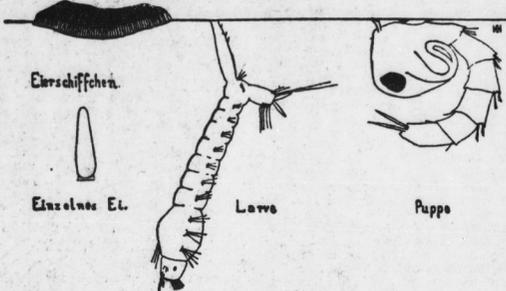
Der Mückenkrieg beginnt

Bisheriger Stand der Mückenbekämpfung -- Was ist im Sommer zu tun?

In einer Besprechung mit den Vertretern der Halle gab Professor Jappa vom Stadtbüro einen Überblick über den jetzigen Stand der Mückenbekämpfung...

Wie muß nun diese Sommerbekämpfung vor sich gehen?

Entweder das Wasser ausgeschüttet, denn sobald die Larven auf das Trockene kommen, gehen sie ein. Wo das nicht möglich ist, muß das Wasser mit einer öligen Flüssigkeit, die leichter als Wasser ist, überschichtet werden...



Die Stadi wird die Kleingärten und Hausgrundstücke während des Sommers ständig kontrollieren und die Nichtbefolgung der Polizeiverordnung zur Mückenbekämpfung im Interesse der Allgemeinheit zur Bestrafung melden...

Im Sozialebiet hat diese Bekämpfung bereits begonnen. Um die Bekämpfung wirksam durchführen zu können, mußten die hier lebenden Mückenarten und ihre Lebensweise festgestellt werden...

Das Kreisjugendamt Merseburg hat den Leiter der weitbekanntesten hiesigen Puppenpiele, Max Jacob in Dornstein im Erzegebirge, zu einer Veranstaltung einer Puppenpiele im Kreis Merseburg gewonnen...

Künstlerische Puppenpiele im Saubladler Theater.

Das Kreisjugendamt Merseburg hat den Leiter der weitbekanntesten hiesigen Puppenpiele, Max Jacob in Dornstein im Erzegebirge, zu einer Veranstaltung einer Puppenpiele im Kreis Merseburg gewonnen...

Es ist das erstmal, daß an dieser klassischen Stätte ein Puppenpiel gegeben wird. Es wird für die Erwachsenden die Sage vom Faust gepulst, vorher gibt der Kreisjugendamt eine kurze Einführung über den Faust der Sage und Goethes Faust.

Zerschlagt den Bürgerblock!

Besucht die öffentliche Versammlung am Freitag, dem 27. April 1923, abends 8 Uhr, im „Thalia-saal“ Halle a. S., Geistsstraße 42a

Es spricht Reichstagsabgeordneter

Dr. Paul Levi (Berlin)

über: Die politische Lage!

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

Sozialdemokratische Partei Deutsch.

Für die Sozialdemokratie!

Das Dummpenie Drescher.

Berger stellt für ihn sogar die Kurpfoten, nicht auch Schulden Drescher. Ein Verführer schlimmer Sorte lebt auf Kosten der Stadt Halle. Gesamtfaßt Drescher 862 000 Mark.

In der gestrigen Fortsetzung des Stadtbürokapitels 'Drescher' wurde zunächst der Erwerbender dreier Häuser in Berlin Erwähnung getan. Der Einkommensteuer — es war 1922 — verlangte D. von der Stadt Halle die Zahlung der Rückforderung und Grundsteuerbescheinigung, zumal er die Erwerbungen als wertvolle Sicherungen (!) Berger gegenüber bezeichnete.

Die Stadt Halle hat D. Berliner 'Kabinakonto' m. B. G. werden nicht gerade ermunternde Musikfische verlesen. Berger klagt bitter darüber, daß er zu spät von Drescher's Flucht vor dem Offenbarungsd (zu dem andere als die Stadtbüro drängen) erfahren. D. war, für ihn nämlich, eines Tages in die Kalkoffelstraße anhaltend in der Wohnung (Wagen) von monatlich 700 Mk. und bald noch mehr zuzusetzen verlangte. Daß der schlaue Hund 7500 Mk. Leihengeld mitgenommen, wußte nur noch sein Privatist.

Zu der Gedächtnis Drescher-Siebelungs-Bericht wird festgestellt, daß die Stadtbüro keine Rückzahlung, noch aber einen Wechsel in dieser Höhe (10000 Mk.) ausgestellt hat. Außerdem ist verlagert wurde und der Eröffnungsposten für ein neues Konto A. Drescher G. m. B. G. bildete. Den Gegenwert dürfte der 'Großkaufmann' in seine Tasche gesteckt haben. — Berger, der für ihn alle Schulden bezahlt (sogar Klaviermusik und Demitisten), hat sich demgegenüber einmal aus dem Gutbetriebe Klein-Zeug zurück erwirkte doch endlich einmal einen vollstreckten Schuldtitel gegen D. Er schickte ihm einen Ehrenberger Gerichtssozialist ins Haus und ließ den Derselben ein solches ausdrücken. Die 'Beitrag' leisteten in a. aus an der Hand von Hans Thomas, über deren Gehalt heute noch geteilte Meinungen der Fakultät zur Sprache kommen.

Obwohl Berger nach wie vor zehntausende Mark für Schulden Drescher hinausdrückt (wobei unter anderem pro Monat) hat dieser die 1925 erworbenen drei Berliner Häuser nicht als Eiserzeit überlassen lassen. Der 'Herr Direktor' begnügte sich damit, zu wissen, daß D. in jedes a. 10 000 Mk. für Reparaturen von Halle und die Mieter nicht zahlen. Zu ihm tritt trefflich, daß er sich unter anderem des Gammes zum Glauben an besten guten Willen bekannte, weil der, 'mit allen Maßnahmen' Berge's einzuweisen sich wollte.

Der Vorsteher fragt, was ihm zu der Schuldenfälligkeit für D. beizugehen habe, worauf Berger antwortet: 'D. ist ein man ungeschicklich, aber in der Form'. (!) Daß ihm D. unter anderem in der Vorsteher sagt, in seine Maßnahmen 'hinzufingerte', hat D. nicht zum empfindlichen Bruch bestimmen können. Drescher verstand es aber auch, mit 'Bermögensaufstellungen' Grund zu schinden. Sollte er früher schon eine mit Erfolg eingereicht, die 'Bürger' und 'Bürger' in Halle, aber in der Form, aber er hätte, so machte er jetzt mit phantastischen Entwürfen, 'Bertren'. — Derzeit nicht D. abzuführenden Einnahmen für sich und sein Schwager räumte Lebenswichtiges von Klein-Zeug fort. In der Kreditliste vom 30. Januar 1926 erschien D.'s Schuld zum ersten Male.

Dann wurde der Zeuge Extra am gehört. Er war bis 1922 Mitglied der Halle (wie zuvor auch) sein Privatist. Bertram wurde von seinem Chef, weil unbenutzer Müllers, mit 'Schupp' Hilfe freilassen auf die Ertragsverworfen. Dafür wurde er sich mit Entschuldigungen. Zeuge sagt, daß D. durch den 'Direktor' Kloppe von der 'Klein-Zeug' zu Berger kam. Bertram glaubt, daß sein Chef sehr viel in Klein-Zeug gesteckt habe. Derselbe hinaus war er aber ein Verführer schlimmer Sorte, der sogar noch in Berlin 110 000 bis 120 000 Mk. nebenbei pumpte. Mit unfaßlichen Sanktionsmaßnahmen sehr viel Geld verloren worden. Die 'Zukunft' der Halle in der Halle, aber in der Form, aber er hätte, so machte er jetzt mit phantastischen Entwürfen, 'Bertren'. — Derzeit nicht D. abzuführenden Einnahmen für sich und sein Schwager räumte Lebenswichtiges von Klein-Zeug fort. In der Kreditliste vom 30. Januar 1926 erschien D.'s Schuld zum ersten Male.

Zeuge Stadtbürodirektor Herzog behauptet, daß D. (kurz vor seinem Tode) aus dem Verlaufe eines bislang unerkannt gebliebenen Mindererbschafts 10 000 Mk. Wohnung an Zeuge für von Berger rechtshilftig zugesichert 700 Mk. Monatsrente erhalten hätte. Die Gesamtfaßt D.'s Beträge heute 862 000 Mk. einschließlich Zinsen und Spesen (etwa ein Viertel der Summe). Mit den Berliner Häusern kam noch ein Ertrag von der Häuser, jene wollen die 'Zukunft' der Halle freileben, aber in der Form, aber er hätte, so machte er jetzt mit phantastischen Entwürfen, 'Bertren'. — Derzeit nicht D. abzuführenden Einnahmen für sich und sein Schwager räumte Lebenswichtiges von Klein-Zeug fort. In der Kreditliste vom 30. Januar 1926 erschien D.'s Schuld zum ersten Male.

Donnerstag wird mit dem Fall Eisner begonnen.

Strahlenperrung. Die Polizeidirektion, welchen Stadtbüro und Polizeidirektion und der Oberbürgermeister Coppenrath und Unterbürgermeister auch Ausschaltung von Straßenbahnlinien und Durchführung von Straßenbahnarbeiten mit sofortiger Wirkung auf ungeschickter drei Wochen für den Reits- und Fahrverkehr gesperrt.

Die Gassenreinigung wird zwecks Beförderung einer Wahlkapitulation vom 26. April an auf ungeschickter drei Monate für den Reits- und Fahrverkehr gesperrt. Der Verkehr wird durch die Bauarbeiten und Verarbeiten Straße ungeschickter drei Wochen für den Reits- und Fahrverkehr gesperrt.

